

# Östlich

## Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierzehnjährlich 150 M. Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4 gelptelten Zeile 45 Pf.

Dr. 16.

Berlin, 20. April 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: 2. 181: Der polnische Vorstoß in der „Minderheitenfrage“. 2. 182: Polen und der Wirtschaftskrieg mit Deutschland. — Polen und die Elbherren. 2. 183: Die Bündnisse — Zeitliche Not in Deutschland. 2. 184: Bericht der Nationalbewegung — „Radikalisches Lager“. 2. 185: Ostland-Begegnung. 2. 186: Zu Adolf Hitler's Geburtstag. 2. 187: Die neue Zeit und die deutschen Volkgruppen in den polnischen Ländern. 2. 188: Der polnische Ruf nach in Polen. 2. 189: Frühling in der baltischen Heimat.

## Der polnische Vorstoß in der „Minderheitenfrage“.

Der kühnste Vertreter Polens beim Völkerbund, Graf Raczyński, hat den Generalsekretär des Bundes im Namen seiner Regierung gebeten, auf die Egoisierung der nächsten Völkerbundtagung den Entwurf einer Entschließung zu legen, die auf eine Verallgemeinerung des „Minderheitenschutzes“ abzielt. Deutschland ist an dem polnischen Antrage, da es an der Tätigkeit der Genfer Institution nicht mehr beteiligt ist, zunächst nur als Beobachter interessiert. Daß es jedoch jede Vermüdung, die auf eine Umgestaltung des höchst unzulänglichen Schutzes der in fremden Staaten lebenden „Volkgruppen“ abzielt, mit fester Anteilnahme verfolgt, verleiht sich von selbst, da ja die besagten Volkgruppen nach ihrer Zahl wie nach ihrer geistigen und wirtschaftlichen Bedeutung unter allen in Fremdländern lebenden Volkgruppen Europas weitum die erste Stelle einnehmen. Wenn der Generalsekretär dem polnischen Antrage entspricht, wird sich der Völkerbund also der „Minderheitenfrage“, deren Behandlung der nächstbürokratische von jeher besonders ungnädig gewesen ist, einmal grundsätzlich annehmen müssen. Es wird nicht das erstemal sein, daß die Frage einer Verallgemeinerung des Schutzes für die „Minderheiten der Rasse, der Sprache und Religion“ — wie die übliche Formel lautet — in Genf diskutiert wird. Nachdem Polen schon früher mehrfach dahingehende Wünsche geäußert hatte, machte der polnische Vertreter auf der Völkerbundtagung im Herbst vorigen Jahres den Vorstoß, die im Zusammenhang mit dem Pariser Vorordrücken von 1919 geschlossenen Minderheitenschutzverträge aufzuheben und an deren Stelle ein allgemeines Abkommen der Art zu schaffen, wie es jetzt erneut und in aller Form Raczyński in seinem Schreiben an den Generalsekretär des Bundes beantragt hat. Polnischerseits war schon in früheren Jahren betont worden, daß die Verträge, die im Jahre 1919 einer bestimmten Gruppe zwischen-europäischer Staaten von den Westmächten auferlegt worden sind, eine Diskriminierung dieser Staaten darstellen. Daß Polen, welches in letzter Zeit eine unmissbare Stärkung seines internationalen Ansehens erzieht, kann einen neuen Vorstoß unternehmen würde, um aus den einseitigen und ihm entwürdigend erscheinenden Verpflichtungen herauszukommen, war zu erwarten.

Deutschherseits bestehen gegen den polnischen Antrag keine grundsätzlichen Bedenken. Der deutsche Vertreter beim Völkerbund, General von Keller, hatte bereits auf der letztjährigen Herbsttagung, als der polnische Vordruck zur Sprache kam, ausdrücklich erklärt, daß Deutschland zu einer Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes unter der Bedingung durchaus bereit sei, daß allen europäischen Staaten, insbesondere auch den Westmächten, dieselben Verpflichtungen zugunsten ihrer fremdnationalen Bevölkerungsgruppen auferlegt würden. Am Widerstande Deutschlands würde also, auch wenn dieses noch an den Arbeiten des Völkerbundes teilnähme, der jetzige Antrag Polens nicht scheitern. Die Widerstände kommen von anderer Seite: Frankreich und Italien vor allem lehnen es nach wie vor ab, durch die Übernahme von Schutzverpflichtungen ihre Volkgruppenpolitik der Prüfung und Kritik einer internationalen Instanz zu unterwerfen. In Warschau wird wohl auch von vornherein mit der „Widerrückung des Antrages“ gerechnet. „Widerrückung“ bedeutet aber überhaupt nur gestellt, um noch einmal eine ausdrückliche Verneinung des „Minderheitenschutzes“ durch die Westmächte zu provozieren und sich dadurch die Grundlage für eine Erklärung des Inhalts zu schaffen, daß es sich bei dem 1919 auferlegten Schutzverpflichtungen

entbunden erachte, nachdem die Westmächte ihrerseits die Übernahme entsprechender Verpflichtungen verweigerten.

Daß die anderen Staaten, die sich zur Zeit noch in derselben rechtlichen Bindung wie Polen befinden, dem polnischen Beispiel dann folgen werden, unterliegt wohl keinem Zweifel. Derjenige, der bei einer solchen Entwicklung der Dinge am meisten verlieren würde, würde der Völkerbund sein, der damit dank seiner Unfähigkeit eine der ihm seinerzeit zugedachten Hauptaufgaben verlore. In einer Wiederbelebung und Stärkung dieser Institution aber hat das eine selbständige Außenpolitik treibende Polen nur ein sehr beschränktes Interesse.

Sollen die Minderheitenschutzverträge von 1919, dann entfällt zu nächst einmal seine Frage, in der die Volkgruppen jedes zwischenstaatlichen Schutzes ihrer Belange zu bestehen. Es ist aber klar, daß durch die Befestigung von Rechtsnormen die Verhältnisse, die durch diese Normen geregelt worden sollten, als solche nicht auf der Welt gelöst werden. Die Tatsache, daß in Europa 40 Millionen Menschen in Staaten leben, deren Träger Menschen anderer Volkstums sind, wird eine zwischenstaatliche Behandlung des Volkgruppenrechtes immer notwendig machen, solange noch die Fiktion des Nationalstaates auf einen Raum angewandt wird, der auf Grund seines geschichtlichen Werdeganges den Angehörigen verschiedener Völker als gemeinsamem Lebensraum dient. Man kann einem Volke nicht das Recht freitrag machen, sich um das Schicksal seiner außerhalb des Mutterlandes lebenden Volksgenossen, gleichgültig welche Staatsangehörigkeit diese besitzen, zu kümmern. Das bedeutet aber auch, daß man einem Staate, als dem Schwalter des Volkstums, nicht das Recht abprechen kann, sich um ein anderen Staate wegen des Schicksals der dort lebenden Volksgenossen ein Vernehmen zu lassen. Wenn auf der letzten Völkernkonferenz versucht worden ist, eine neue Form für die Behandlung der „Minderheitenfrage“ auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen der beteiligten Staaten zu finden, so kann man das als einen tollenden Schritt zur Ausgestaltung eines neuen Volkgruppenrechtes, das der nationalen Gemengelage des zwischen- und osteuropäischen Raumes entspricht, nur begreifen.

Die eigentliche Aufgabe aber ist nicht die Ausgestaltung eines möglichst milden Schutzverfahrens, sondern die Herausbildung eines Staatsbegriffes, der überhaupt die Anwendung eines solchen Verfahrens erbringt, d. h. die Überwindung des nationalstaatlichen Denkens, wie es erst kürzlich wieder einmal von dem Prager Justizminister Dr. Derer, einem tschechischen Sozialdemokraten, mit folgenden Worten auf eine besonders kräftige Formel gebracht worden ist: „Unser Staat muß Nationalstaat sein, sonst würde seine Existenz zweifelhaft sein. Der tschechische Staat kann nur als Nationalstaat, nicht aber als Nationalitätenstaat existieren.“ Bedeutet man, daß die Elbherren in ihrem Staate jahrmäßig in der Minderheit sind, dann wird einem klar, weshalb furchtbarer Verletzungen am Volkstum die nationalstaatliche Ideologie in diesem Maße betonen muß, in dem vor anderthalb Jahrzehnten das Jüdischengebilde eines tschechisch-tschechischen Staatswesens entstand. Daß dieses volkszerstörende Prinzip das politische Denken und Handeln nicht nur der Elbherren, sondern auch aller anderen „Staatsvölker“ des Ostens beherzigt, dafür bringt jeder Tag neue Beweise.

(Fortsetzung auf Seite 182 unten)



## Die Wilnafrage.

Die wiederholten Versuche, durch „private“ Initiative den Weg für die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen Polen und Litauen zu ebnen, haben bisher zu keinem Erfolge geführt, obwohl auf beiden Seiten der Wunsch besteht, dem anomalen Zustand ein Ende zu machen. Aber jeder Teit wartet darauf, daß der andere den Anfang machen und sich zu einem Versuche auf das fruchtlose Warten hinrichten wird. Doch in anderen litauischen Kreisen, die ihre Angst vor dem Umstand nicht loswerden können, die Bereitschaft vorhanden ist, auch ohne Opfern mit Polen zu schließen, läßt sich aus mancherlei Anzeichen erkennen. Die Einstellung dieser Kreise hat jedoch, wie es scheint, auf der anderen Seite die Kräfte mobil gemacht, für die Wilna das unzerstörliche Symbol der nationalen Selbständigkeit ist und die eher eine „ehrenvolle Isolierung“ ertragen wollen, als daß sie in irgendeiner Form auf ihre historische Hauptrolle verzichten. Diese Kräfte stehen vor allem in der Regierungspartei der Kautimukai.

Auf eine von der Kauener Wochenzeitung „Diene“ veranstaltete Rundfrage haben sich eine Reihe führender litauischer „Politiker“ verschiedener Parteien zum gegenwärtigen Stande der Beziehungen zwischen Litauen und Polen geäußert. Demzufolge schildert in seiner Antwort Professor Camoſaitis, der zu den geistig führenden Männern der Kautimukai gehört, die Verfassung, in der sich die litauische Öffentlichkeit heute befindet: „Wir Litauer verlieren schnell das Gleichgewicht, und dann laufen wir an, unsicher und nervös zu werden und Freunde dort zu suchen, wo es keine gibt, und Schreckgeklänge dort nicht zu hören, wo sie wirklich vorhanden sind. Der nationalsozialistische Drang nach Osten und die Ereignisse der letzten Zeit im Memelland haben verführt, daran zu denken, daß sich dem Vordringen der Rache zu laufen können. Sie verlangen den Vertrag von Sumawki und das ungeliebte blutige Unrecht. Mancher von den Unfrigen möchte sogar unter Opferung unserer Hauptrolle (Wilna) und unserer nationalen Ehre das Türchen öffnen, wenn auch nur im Gebiet von Oltta, und sich mit den polnischen „Säuern“ verbrüderm.“

Diese Kreise sind vor allem im Lager der links gerichteten Volkssozialistischen Partei zu finden, deren führendes Organ, die „Lituanos Sinios“, in der Hebe gegen Deutschland ganz Erstaunliches leistet. Für die Marxisten und Juden dieser Partei ist die Wilna-Debatte erklärlicherweise weniger wichtig als der Kampf gegen das gefährlichste und verhasste nationalsozialistische Deutschland. Sympathien für Polen sind auch in den Reihen der christlichen Demokraten vorhanden. Bei ihnen scheint die Idee einer Union zwischen Litauen und Polen einigen Anklang zu finden. Doch sehen sie hierbei voraus, daß das Wilnagebiet im Rahmen einer solchen Fügung an Litauen fällt. Professor Pakstas, der dieser Partei angehört, äußert sich in seiner Antwort auf die erwähnte Rundfrage u. a. wie folgt: „Polens internationaler Lage ist augenblicklich tatsächlich klar; und es besteht meine Hoffnung, daß es diese seine Stärke in Verhandlungen mit Litauen nicht voll ausnützen würde... Nicht nur ich, sondern auch eine große Anzahl von Litauern möchten freundschaftliche und offene Beziehungen mit Polen, aber kein abrennender Vertrag. Litauer wird die Lehren von Sumawki vergessen. Wenn alle irgendwelche Verhandlungen begonnen werden, dann ist es notwendig,

daß das Gemessen Polens für das uns zugefügte Unrecht aufgeholten wird. Es ist notwendig, daß Polen wenigstens teilweise das Vertrauen Litauens wiederherstellt, und das könnte geschehen, indem es Litauen irgendwelche wesentlichen territorialen Zugeständnisse macht. Wenn man dann die diplomatischen Beziehungen erneuert, kommt man allmählich in längeren Verhandlungen und Studien auch das verwickelte Problem von Wilna selbst und das seines Korridors lösen. Solange der augenblickliche territoriale Zustand besteht, hat es für Litauen keinen Sinn, mit Polen wegen der Herstellung normaler Beziehungen in Verhandlungen zu treten.“

Diese Äußerung eines christlichen Demokraten läßt die Bereitschaft erkennen, mit Polen zu einer Kompromißlösung zu kommen. Freilich wird als Voraussetzung hierzu von Polen ein Entgegenkommen in der Grenzfrage erwartet. Wie weit dieses Entgegenkommen sein soll, wird allerdings nicht gesagt. In dieser Beziehung ist die Äußerung des bisherigen Generalsekretärs der Kautimukai-Partei, R. A. Janis, der diesen Polen wegen eines Konfliktes mit dem Landwirtschaftsminister dieser Tage das räumen müssen, präzisier gesagt. Er legt unter anderem: „Nach meiner Meinung wäre es möglich, von der gesamten hundertprozentigen Forderung Litauens einen Nachlaß zu gewähren. Aber Wilna mit seinem natürlichen Gebiet, das ist schon das Wenigste, was wir verlangen müssen; sonst ist eine Verständigung unmöglich. Die polnische politische Erklärung, daß die Wilnafrage ja offenbleiben könnte, würde uns nichts geben.“

Die stillschweigende Weigerung Polens, Litauen irgendwelche territorialen Zugeständnisse, wie sie hier verlangt werden, zu machen, hat Marshall Piłsudski — nach dem „Kurjer Pojanski“ — in einer Unterredung mit dem Grafen Zubov in die anspielische Formel gekleidet: „Wilna ist keine Wurst, von der man etwas abbeißen kann.“ Polen ist freundlich zu den Litauern; aber es sieht keinen Anlaß, ihnen in der Grenzfrage entgegenzukommen; und wenn von litauischer Seite immer wieder gefordert wird, daß es an Polen sei, die Initiative in der Wilna-Angelegenheit zu ergreifen, das es ja im Besitz des Streikobjektes sei, so scheint man sich dort keine rechte Vorstellung davon zu machen, wie gering man jeweils der Grenze die Selbständigkeit des litauischen Volkstums und Staatswesens einschätzt. Der Staat hält man für nicht viel mehr als für einen bedauerlichen Irrtum der Politiker von 1919/20, daß nur so lange fortbauern kann, als die beiden großen Nachbarn Polen, Deutschland und Rußland, an seinem Bestande ein aktives Interesse bekunden. Und was das litauische Volkstum anlangt, neigt man in Polen trotz der Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte mehr oder weniger dazu, es als „ethnographisches Rohmaterial“ zu bewerten; man mindestens vertraut nun darauf, daß die kulturellen Kräfte des Volkstums, die auch im heutigen Litauen noch wirksam sind, sich als stark genug erweisen würden, um bei freier Entfaltungsmöglichkeit das litauische Volksbewußtsein über kurz oder lang wieder zum Erlischen zu bringen.

## Deutsche Not im Memelland.

Das Memelland steht seit längerer Zeit unter dem Druck des Zuthausgesetzes, des sogenannten Gesetzes zum Schutze von Volk und Staat. Von deutscher Seite ist sofort nach Bekanntwerden des Gesetzes dessen Unvereinbarkeit mit dem Memelland festgestellt worden, was die litauischen Behörden freilich nicht hindert, das Gesetz auch und vor allem auf das Memelland anzuwenden; ja das Gesetz war, wie Wolbomaras festgestellt hat, von vornherein als ein Instrument der litauischen Memelpolitik gedacht. Mit der rechtlichen Unzulässigkeit des Gesetzes hatte sich bereits am 9. März d. J. der deutsche Memelabgeordnete Schreiber in einer Sitzung des Memellandtages auseinandergesetzt. In einer Sitzung des Memelabtages der Straßengesetzgebung ist, daß für diese Gesetzgebung aber nach Artikel 5 Ziffer 9 des Memellandgesetzes ohne Einschränkung das Memelgebiet selbst zuständig ist. Der Redner vermies weiter auf den Artikel 35 des Statutes, der den Einwohnern des Memelgebietes die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, die Gewissens- und Pressefreiheit ohne Unterscheidung der Rationalität und Sprache, der Rasse und Konfession garantiert und die Regelung dieser Materie der Zuständigkeit des Memelgebietes zuweist. Ferner machte der deutsche Abgeordnete auf folgenden bedeutsamen Umstand aufmerksam: Das Gesetz zum Schutze von Volk und Staat ist darauf abgestellt, mit allen Mitteln der Staatsautorität lediglich das litauische Volkstum zu schützen. Das widerspricht aber dem Statute, das für das Memelgebiet die offeneren Regelungen. Denn ein Memellandtag mit zwei Volkskörpern, das litauische und das deutsche, völlig gleichberechtigt nebeneinander gestellt. Es geht also nicht an, daß hier ein Gesetz erlassen wird, das das deutsche Volkstum des ihm zugehörenden gleichen Schutzes entkleidet; und es geht auch nicht an, daß die Organe des Memelgebietes gegenüber den Organen des Selbstatlandes einen minderen Schutz genießen. Der Abgeordnete Schreiber

forderte daher die Nichtanwendung des litauischen Schutzesgesetzes auf das Memelgebiet. Der seinerzeit erfolgte Dringlichkeitsantrag auf Schaffung eines Sonderstatutes für das Memelgebiet hat bisher keine praktischen Folgen gehabt. Das Memelland steht noch wie vor unter dem litauischen Zuthausgesetz und bekommt dessen Ungerechtigkeit in Verfassungen, Gerichtsurteilen und Verböten täglich zu fühlen.

\*

Der Gouverneur des Memelgebietes, Dr. C. A. K. A. K., hat gegen das vom Memelländischen Landtag am 26. März beschlossene Gesetz über Maßnahmen zur Verringerung der Zahlungsschwierigkeiten in der memelländischen Landwirtschaft und Fischerei sein Veto eingelegt, und zwar mit der Begründung, das Gesetz widerspreche dem Memellandtag.

Das Gesetz war dazu bestimmt, der schwer nolleidenden memelländischen Landwirtschaft einen gewissen Wohlstandszugang zu sichern. Es besteht gar kein Zweifel, daß die Landwirtschaft in solchen Schutzes dringend bedarf. Wenn der Abfall der agrarischen Produkte des Memelgebietes ist durch die fortgesetzte Verringerung der Ausfuhr und durch die Konkurrenz der großindustriellen Landwirtschaft in Stocken geraten. Die Preile sind so weit gefallen, daß die memelländischen Bauern teilweise nicht mehr in der Lage sind, ihren Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern nachzukommen. Wenn der Gefahr ausgesetzt sind, von ihrem Besitz vertrieben zu werden. Wenn der Memelgouverneur jetzt gegen das Gesetz sein Veto eingelegt hat, so hat er das sicherlich nicht nur mit Rücksicht auf das Memellandtag getan, über dessen Bestimmungen er sich bei anderer Gelegenheit stets sehr großzügig hinwegzusetzen versteht; sondern er verfolgt damit ein anderes Ziel. Er will den Widerstand der memelländischen Bauern gegen jene autonomenfeindlichen Maßnahmen brechen. Er will die Bauern ausbuntern. Er will möglichst viel deutsche Bauern des Memelgebietes



### Die deutsch-polnische Annäherung.

Eine Gruppe von polnischen Journalisten wird, einer Einladung des Reichspropagandaministeriums Folge leistend, am 1. Mai nach Berlin kommen. Deutschereisende wird erwartet, daß die betreffenden Journalisten ausschließlich polnischer Abkunft, also insbesondere keine Juden, sind. Auf Einladung von deutscher Studentischer Seite haben sich Vertreter der „Region der Jungen“, der Organisation der „Pilsudski-Jugend“, nach Deutschland begeben, wo sie u. a. auch einige Arbeitslager besuchen werden. Der „Dziennik Wschodni“ (Nr. 75) hebt in einem Artikel hervor, daß die gesamte linke (Kr. 75) nicht in einem stärkeren Maße über Polen schreibt, Deutsche aber nicht schreiben. Selbst Zeitungen, die früher gegen Polen das sie nicht gut schreiben, hätten ihren Standpunkt völlig verändert. — Am 2. April gab eine deutsche Delegation von höheren Beamten der Wirtschaftsstelle, geführt vom Vertrauensmann des Reichsministers Darré, Dr. Winter, nach Warschau gehen, um dort die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages aufzunehmen. Winter wird, wie schon früher berichtet, im Zentralen Landwirtschaflichen Verein in Warschau einen Vortrag über die Neuordnung der deutschen Landwirtschaf halten. Für den Monat Mai ist ein Gegenbesuch polnischer Landwirtschafter in Deutschland vorgesehen.

### Smogorzewski über die deutsch-polnische Annäherung.

Kalmer Smogorzewski, der Berliner Korrespondent der halbamtlichen „Gazeta Polska“, sprach am 11. April in Kattowitz im Rahmen einer vom polnischen Weltmarkenverein veranstalteten Vortragsreihe über das Thema: „Historische Wendung in den deutsch-deutschen Beziehungen.“ Der Vortrag war überaus stark bejubelt. Smogorzewski, der als Verfasser mehrerer stark antideutscher gefärbter Bücher über die Korridor- und andere Streitfragen bekannt ist, hat die alten Unentwegten, die es in den Reihen des Weltmarkenvereins — nach verschiedenen Ereignissen aus letzter Zeit zu urteilen — immer noch gibt, mit seinem Vortrag in Erstaunen versetzt. Er ging einleitend auf die Gestaltung des Verhältnisses zwischen den beiden benachbarten Staaten ein, wie es sich unter der Weimarer Regierung entwickelt hatte, um sich dann auf die Einstellung der nationalsozialistischen Regierung in Polen zu beschäftigen. Er stellte fest, daß Adolf Hitler persönlich, selbst in der Zeit, da er in der Opposition stand, niemals gegen Polen Stellung genommen hat. In seiner bedeutungsvollen Reichstagsrede vom 17. Mai 1933 habe Hitler dann klar und deutlich betont, daß er der Einstellung des vergangenen Jahrhunderts fernstehe, die glauben, aus „Polen Deutsche machen zu können. Hitler sei mit Hitler-Konsequenzen auf dem einmal eingeschlagenen Wege weiter gegangen und habe seine Stellung so gefestigt, daß mindestens auf Jahrzehnte hinaus an eine Erstbüttung der Machtstellung der nationalsozialistischen Bewegung nicht zu denken sei. Durch den Ausbruch seiner innerpolitischen Situation und der Erkenntnis der Realität in der Außenpolitik habe sich Hitler als Staatsmann großen Formats erwiesen. So sei es schließlich zu dem Verständigungsabkommen gekommen, der nicht nur eine Liquidierung der wirtschaflichen Kampfmaßnahmen, sondern auch die Einstellung des gegenwärtigen Propagandakrieges zur Folge gehabt habe. Hinsichtlich Danzigs betonte Smogorzewski, daß nur eine Gleichhaltung der Danziger Regierung unter Ausschaltung aller immer im Rahmen der Verträge liege. Die Deutschen in Polen, die unter Smogorzewski, auf die Volkstümlichkeit, die Kenntnis der deutschen Minderbewertung, die sich dem Verfasser einräume. Was aber die Polenisierung der ostoberschlesischen Industrie und die Behandlung der Schulfrage angehe, so sei Polen „ein souveräner Staat, der hier nur seine eigenen Interessen wahrzunehmen habe.“ Von den Polen in Deutschland, deren Zahl er auf 1,3 Mill. (in) angab, behauptete Smogorzewski, daß es ihnen nicht so gut ginge wie den Deutschen in „Polen Smogorzewski kam weiter auf das polnische Verhältnis zu Frankreich zu sprechen. Frankreich habe Polen immer als eine „Gegenpartei“ betrachtet, das es bezurorden müsse. Polen habe aber gezeigt, daß es selbst diesen Weg gehen könne. Der von Polen und Deutschland geschlossene Vertrag der Verständigung führe zur Konsolidierung des Friedens in Europa. Wenn es noch Leute gäbe, die glauben, an dieser Verständigung etwas ändern zu können, dann müßten sie nicht, was in der Zeit, in der sie leben, vor sich gebe.

### Auffstands-Ausstellung.

Vom 6. bis 13. Mai soll zur Erinnerung an den ersten polnischen Aufstand in Oberschlesien eine Ausstellung von Briefmarken und Münzen sowie von Andenken an die drei ober-schlesischen Aufstände stattfinden. Diese Ausstellung wird unter dem Protektorat des Wojewoden Gajewski, des Bischofs Adamski und des Sejmpräsidenten Gajewski sein. Der Hauptort und das schließliche Aufständischen-Verbandes hat sich mit einem Aufstand an die Öffentlichkeit gemandt, in welchem er bittet, für die Ausstellung

Briefe aus der Zeit der Aufstände, Lichtbilder, Aufzüge, Abzeichen, Flugblätter, Kampfzettel, Waffen und andere während der Abkämpfung und der Aufstände gebrauchte Gegenstände, insbesondere zur Verfügung zu stellen. Das Schmerzlichste der Ausstellung wird nicht auf den Briefmarken und Münzen ruhen, die wohl nur ein mäßiges Interesse in der breiteren Öffentlichkeit zu wecken vermöchten; sondern die Hauptrolle wird die Schau der Aufständischenerinnerungsstücke darstellen. Deutschland hat — was auch von polnischer Seite mit Genehmigung festgelegt wurde — in diesem Jahre auf die Beachtung der traditionellen Abkämpfungsfeste, insbesondere der großen Kundgebungen wie auch der Gedenktänze in kleinen Räumen, verzichtet. Es wäre wohl angebracht, wenn Polen nur auch jenseitig davon absehen würde, die Erinnerung an die blutige und traurige Epoche der deutsch-polnischen Beziehungen von neuem zu wecken.

### Sienkiewicz bleibt Schullektüre.

In der polnischen Presse waren Nachrichten erschienen, daß verschiedene Werke von Henryk Sienkiewicz, so die „Kreuzritter“ und „Mit Feuer und Schwert“, die eine deutschfeindliche Tendenz enthalten, nicht mehr als Schullektüre verwendet werden sollten. Die amtliche „Polnische Lehrpläne-Kommission“ verbot jetzt eine Verächtlichmachung des polnischen Unterrichtsministeriums, nach der das Werk „Mit Feuer und Schwert“ weiterhin als Schullektüre in der 4. und die „Kreuzritter“ als Lektüre in der 5. und 6. Klasse der Gymnasien gelten.

### Weitere Erχώherung der Ausreise aus Polen.

Man dürfte erwarten, daß sich im Rahmen der deutsch-polnischen Annäherung die polnische Regierung zu einer Erleichterung des Reiseverkehrs nach Deutschland entschließen, d. h. vor allem Dinge die hohen Pafsbücher für die Ausreise nach Deutschland auf ein erträgliches Maß herabsetzen würde. Das Gegenteil ist der Fall. Das polnische Innenministerium hat in einem Erlaß an die Wojewoden neue Bestimmungen über die Erteilung von Ausreisepässen bekanntgegeben. Danach treten zu den bisherigen Einschränkungen noch verschiedene neue. Der Zweck dieser Erχώherung von Ausreisepässen polnischer Staatsbürger ist, den Besuch der polnischen Botschaft in Rom, der Sommerreisen zu fördern und den Abfluß polnischer Gelder ins Ausland einzuschränken. Bestimmte Fälle sollen in diesem Jahr für den Besuch Italiens und Südafrikas ausgenommen werden.

### Eine Seier in Kruschdorf.

In letzter Zeit war es — wie berichtet — in Kruschdorf (Kreis Bromberg) wiederholt zu deutschfeindlichen Ausschreitungen gekommen. Mehrere deutsche Geböste wurden von größeren Gruppen polnischer Wutbürger z. T. schwer demoliert. Die Polizei hatte im Anschluß an die letzten Unruhen, die am 8. April stattgefunden hatten, einige von den Raubdrücker verhaftet und nach Bromberg gebracht. Und man durfte annehmen, daß sie dort ihrer gerechten Strafe zugesetzt werden würden. Schon am übernächsten Tage aber kehrten die 13 Verhafteten wieder frei und unbehindert nach Kruschdorf zurück. Sie wurden dort von der gelagerten polnischen Einwohnerlichkeit wie Helden empfangen, in gefoltem Zuge eingepöht und zum Schulhaus geleitet, wo ihnen zu Ehren in Anwesenheit des Gemeindevorstehers eine Seier stattfand. Dabei wurden mehrere Kirchenlieder gesungen! Anschließend wurde ihre Heimkehr gebührend beglückt.

### Eine Verammlung gepregelt.

Eine für den 14. April in Antonienhütte (Ostoberschlesien) anberaumte Verammlung der Deutschen Partei wurde von den polnischen Wutbürgern gepregelt, als der Vorkommnisse die Verammlung eröffnen wollte. Etwa ein hundert polnischer Polizeiposten in der Nähe war, ging man zum Sturm auf den Saal über. Die Polizei hatte Mühe, mit Hilfe des Gummiknüppels Ordnung zu schaffen und schließlich die große Menschenmenge zu zerstreuen. Die Verammlung wurde aufgelöst und der Saal geräumt.

### Öffentliche Drohungen gegen deutsche Eltern.

In Nikolai (Ostoberschlesien) sind wiederum Unruhestifter am Werk. In öffentlichen angeschlagenen Plakaten werden dreizehnen Eltern bedroht, die ihre Kinder nicht zur polnischen Schule anmelten, außerdem hat man auch die Namen dieser Eltern veröffentlicht. Der Text der Plakate läßt ein Schicksal und Unwissenheit nicht zu wünschen übrig. So heißt da: „Raus mit den Bäckern nach Berlin“, „Macht euch gute Krücken und Gummiknüppel“, „Achtung, Aufständische! Wir haben unter Blut vergossen für die Verräter und Volksbündler. Den Tod für sie!“ Raturgemäß herrscht unter den Deutschen von Nikolai größte Erregung.

### Die neuen Votschafster.

Der neue Sowjetbotschafter in Warschau, Dawidow, überreichte am 13. April dem Staatspräsidenten sein Beglaubigungsschreiben. Die polnische Regierung hatte diesem diplomatischen Akt einen be-

sonders feierlichen Charakter gegeben. Dem ersten Sowießhofrichter wurden Ehren erwiesen, wie sie sonst nur Souveränen Fürsten zuteil zu werden pflegen. Der Völkshofrichter wurde zum Chef des Protokolls, Dr. Romer, im Auto des Staatspräsidenten abgeholt und in feierlichem Zug durch die Straßen der Stadt ins Schloß gebracht. Das Auto des Völkshofrichters wurde von einer Eskadron britischer Schützen begleitet. Auf dem Schloß hatte ein Bataillon Infanterie Aufstellung genommen, das, als der Wagen mit dem Völkshofrichter in den Schloßhof eintrat, die militärischen Ehrenbewegungen leistete. Die Regimenterkapelle spielte die Sowießymne. — Zur gleichen Zeit legte auch der zum Völkshofrichter erhobene polnische Gesandte in Moskau, Ukaliwiez, im Kremli sein Beglaubigungsschreiben vor. Auch er wurde mit allem Gepränge empfangen. Die Ranganhebung der beiden Gesandtschaften ist damit vollzogen.

### Emil Rueder f.

Der Stellvertretende Chef der Presseabteilung des polnischen Außenministeriums, Emil Rueder, ist bei einem einem Kraftwagenunglück sein Opfer gefallen. Rueder war früher Chefredakteur der Feinzeitung in Danzig erscheinenden „Polnischen Presse“, eines polnischen Propagandaborgans in deutscher Sprache. In letzter Zeit nahm er an den Bemühungen um die deutsch-polnische Pressekooperation führenden Anteil. Er gehörte zu den engeren Mitarbeitern des Außenministers Beck. Rueder war seiner Abkunft nach ein Siebenbürger Sachse; durch seine Heirat mit einer Polin geriet er ins polnische Lager.

## Zu Adolf Hitlers Geburtstag.

Es ist jetzt 10 Jahre her, daß Adolf Hitler seinen Geburtstag auf der Festung Danzberg verleben mußte. Damals blühte er, ein junger, nur von wenigen seiner Getreuten umgeben, besäftigt in die Tunde — besäftigt in die Seele seines Volkes. Damals entwand sein Herz „Mein Kampf“. Damals wurde ihm die Sendung seines Volkes klar und klarer:

„Wer von einer Million des deutschen Volkes auf der Erde redet, muß wissen, daß sie nur in der Bildung eines Staates bestehen kann, der eine höchste Aufgabe in der Erhaltung und Förderung der unerbittlich bestehenden edelsten Bestantheile unseres Volkstums, so der ganzen Menschheit liebt.“

Für dieses Ziel, das er damals erblickte, ging der Kampf weiter — bis zum Sieg. War damals, als Kerkergefangener der Führer eingeschlossen, die Zahl derer, die ihm an seinem Geburtstag die Hand drücken durften, nur klein, so wußte er doch viele brauchen, die auf ihn warteten, ihm die Treue hielten. Zu diesen gehörte der Mann, der kürzlich vom Führer mit der Leitung der gesamten nationalsozialistischen Erziehung betraut wurde, Alfred Rosenberg. In einem dunklen Monoton, da die Partei zerfallen, der Führer gefangen, die Gefolgschaft einackert und flüchtig, der „Völkische Beobachter“ verboten war, schrieb Rosenberg in der „Großdeutschen Zeitung“ sein prophetisches Bekenntnis:

„Ein Erschauer soll ihm als Antwort aus allen deutschen Gauen entgegenhallen, ein heißer Dank für seine Erweckung der Seele unseres daniiederliegenden Volkes. Wie er war, so ist er heute heute noch: Stolz redet er sich empor; die Verantwortung trägt ich allein! Wie er im Felde sich meldete, wenn es um geschäftlichen war; wie er vor fünf Jahren den Scheinbar ausföhrlichen Kampf gegen den verübten Verrat an unserem Volke aufnahm; wie er am 9. November unbefonnen an der Spitze vor seinen Truppen ging, so stand er auch vor Gericht — vor seiner Tat, als ein Ganzer, ein Mann!“

Rosenberg ruft seinem Führer in die Gefangenenschaft hinein Worte der Verbundenheit und des Trostes: er möge die Gemüthlichkeit haben, daß Millionen deutscher Herzen noch mehr als früher für ihn schlagen, daß er noch tausendmal geliebter sei als damals, da er noch als freier Mann die unbelaubten Sturmtruppen an sich vorbemarshieren ließ.

Das Schicksal, das über dem Führer waltet, scheint oft festlos, geheimnisvoll, wie bei allen Großen, und doch auch wieder folgerichtig in der Verknüpfung von Ursache und Wirkung. Es gibt aus dem Schicksalen Adolf Hitlers ein Bild, das ein Porträtgraph von seiner Klasse aufgenommen hatte, und das jümblich mückt: die Schüler stehen in Reihen hintereinander, und genau in der obersten Reihe in der Mitte, alle seine Mitläufer überragend, steht der junge Adolf Hitler. Nicht nur, daß er am höchsten steht und alle überragt — er wird in dieser Stellung gleichsam vom bestimmenden Mittel- und Höhepunkt. Es scheint, als ob die vielen anderen ihn tragen, ihm wie eine Gefolgschaft den Führer umgeben und erhöhen. Wer hat damals etwas von dem Kommenden ahnen können?

Es ist in seinem Leben so wichtig, wie alles kam, und daß es gerade so kam. Zum Beispiel: daß er nicht im Reich, sondern in Österreich geboren wurde und aufwuchs und gerade dadurch die Sehnsucht nach dem Reich Bismarcks und nach einem Wirken in ihm lebendig, oft schmerzhaft fühlte. Der Reichsbund war im Besitz der Deutschen, deutsche mußte sich diesen Besitz erkämpfen. Weiter: daß es als Sohn eines Bürgerhauses ergoß und dann hineingerissen wurde in das Proletariat. Als Sohn einer Proletarierfamilie hätte er vieles ganz anders beurteilen müssen, wäre er vielleicht der politischen Richtung verfallen die für Millionen Vorbereiter bestimmend wurde. Als Sohn eines Beamtenhauses wußte er aber von höherer Kultur, von

### Pflichtfester im Ofen.

Die Reichsleitung der Deutschen Studentenschaft macht es jedem Deutschen Studenten zur Pflicht, mindestens ein Semester an einer der ostdeutschen Hochschulen, Königsberg, Danzig oder Breslau, zu studieren. Jahresspreismäßigung bsm. Jahrszahlgleichung wird durch das Ofenamt der Deutschen Studentenschaft, Berlin SW 68, Friedrichstraße 235, gewährt. Im Sommersemester 1934 wird das Ofenamtler auf freimütiger Grundlag durchgeföhrt werden. Die pflichtgemäße Einführung des Ofenamtlers erfolgt hieher auf Grund der im Sommersemester gesammelten Erfahrungen. Das Ofenamtler wird jedem Teilnehmer teilhaft. Es wird eine besondere Ofenamtler-Schulung für die Teilnehmer durchgeföhrt, wodurch aber keine geldliche Mehrbelastung für den einzelnen entstehen darf. Alle Teilnehmer am Ofenamtler sammeln sich in Berlin und werden am Sonnabend, dem 5. Mai, von dort geföhrt in Sonderzügen in die entsprechenden Hochschulstädte gebracht. Falls genigend Anmeldungen aus Süd- und Westdeutschland eintreffen, werden noch besondere Sammeltransporte nach Berlin zugelassen. Entspendendes gilt für die Rückfahrt aus den abzuweisenden Hochschulstädten. Über die bisherige Spontentätigkeit Jahresspreismäßigung hinaus, die jeder Besucher an einer ostdeutschen Hochschule erhält, werden durch die Sonderzüge von Berlin aus und die Sammeltransporte nach Berlin weitgehende Jahresspreismäßigungen geboten. Alle Anmeldungen sind ausschließlich an das Ofenamt der Deutschen Studentenschaft zu richten.

anderer Freiheit, als der Marxismus sie anpries, und so wurde die Sehnsucht zum Emporstieg in ihm überwindlich. Zugleich aber umschloß er als Arbeiter der Stirn und Saugt diese beiden großen Schichten, sah ihre Strembeit unter, ihren Kampf gegeneinander — und wußte doch, daß sie Glied eines Volkes waren. So wurde schon früh ihm die Frage nach, ob es nicht möglich sei, die Volksherrschaft aus dem Kampfkampf zu erlösen und die Volksgemeinschaft zu gestalten. Und da niemand mehr es möglich für ihn, daß er seine ersten und wichtigsten politischen Einblicke in Wien gewann, wo er — unangenehmen, klaren Auges, unbeschäftigt — die verhängnisvolle Rolle erkannte, die das Judentum spielte. In irgend einer wohlgelegenen Kleinstadt, wo diese Frage kaum in Erwägung trat, hätte er nie der große Gegner der jüdischen Vormacht werden können. In Wien sah er, wie das Judentum aus Eigenhaft heraus mit Menschen, Parteien und Völkern spielte, wie es Presse, Kunst, Parlament und öffentliches Leben beherrschte. Hier hatte er Gelegenheit, den Parlamentarismus in seine schlimmsten Korruptionen kennenzulernen. Hier erweckte sich auch sein europäisches Bewußtsein. Er sah, wie vernorheit der österreichischen Staat war, wie die Dynastie der Habsburger mehr und mehr verlor, wie das Deutschland zurückgefallen wurde und von Stunde zu Stunde an Boden verlor. So zog es ihn ins Reich, nach München — und gerade noch zur rechten Zeit betrat er reichsdeutsches Boden. Denn bald danach brach der Weltkrieg aus, und jetzt wurde ihm höchster Wunsch erfüllt: in einem deutschen Regiment für die Freiheit des deutschen Volkes zu kämpfen.

Selbst als Erlebnis, geheimnisvoll die Schicksale der vier Kriegsjahre! Und wiederum alles folgerichtiger. Jetzt noch seine äußere Erbindeung durch das Gistgas, während die Revolte losbrach: giftiges Gas und Blindheit überall, aber aus dieser lieblichen und seelischen Kraft, wie ein Strahl ungeborenen Lichts, der Wille: Deutschland in einen neuen Tag zu führen — und darum Politiker zu werden.

Und nun dieser märchenhafte Weg: ein Unbekannter, einer der nichts, aber auch gar nichts besitzt, will Deutschland zusammenreißen und wiederum einer Zukunft entgegenführen. Was das nicht phantastisch? So sehr auch hier aus Unbekanntem, Ungrundbarem das Geheimnis waltet, so schwingend folgte Ereignis auf Ereignis, Ursache, Wirkung, neue Ursache — eine klare Linie.

Alles mußte so werden, Jo und nicht anders sich gestalten, bis zum Zusammenbruch am 9. November 1923 — bis zur Erfüllung höchster Sehnsucht am 30. Januar 1933 — durch Arbeit und Kämpfe selbst, bis zum heutigen Tage und darüber weit, weit hinaus . . .

Vor 10 Jahren schrieb Alfred Rosenberg:

„Adolf Hitlers Sendung ist nicht zu Ende, sondern sie beginnt erst. Durch Kampf, Jubel, Schmerz und Verweisung geht sein Weg. Und wenn „deutsches“ Welen nicht ein Traum einer verankerten Volksgenossenschaft ist, sondern überhaupt noch als seelische Kraft im Volke schlummert, dann wird dieses Volk seinen Erwecker einmals doch als Führer empfortragen und in den Platz, möglicherweise erbittet. Siehe und Versuchen werden den Mann in unabhönglichen Treue belohnen, dessen Herr nur einer kennt: das deutsche Vaterland, das deutsche Volk, die deutsche Freiheit!“

Heute steht Adolf Hitler als Führer seines Volkes dort, wo vor einem Jahrzehnt Alfred Rosenberg ihm sah. Was er prophetisch kündete, ist erfüllt, und das schönste Geschenk des Volkes für den Führer ist es, daß er mehr es schreibt mit ihm zusammen der deutschen Freiheit entgegen.

Dr. Franz Rüdte.



verhändlich. Das System ist wiederum, verschwindende Ausnahmen abgesehen, ganz „unter sich“. Es fehlt nicht an Persönlichkeiten, deren Wahl eine offene Herausforderung weiser Kreise der Volksguppe darstellt. So der Parlamentarier Baron Schilling, der es feierlich, als im einflussigen Parlament über die Staatsfränklichkeit des Gedankenkräfters der deutschbaltischen Erneuerungsbewegung abgelehnt wurde, fertig gebracht hat, sich der Stimme zu enthalten. Und der dann bald darauf dem einflussigen Revolutionsrat „Anblieb“ eine Unterredung gewährte, in der er leins zur Erneuerungsbewegung geborenen Volksgenossen als „Duisföhnen“ bezeichnete. Am Ruffort hat auch diesmal wieder, wie so oft schon, die Frage des deutschen Schicksals es zu verbatte. Die zur Zeit in fast allen Städten des Landes mit über Bedarf vorhandenen höheren Verwaltungen ermöglichen durch ihre übergroße Zahl eine absolut einseitige Bildungspolitik im Sinne einer Massenbildung beschäftigungsloser Akademiker. Der Hausbau der Kulturerhaltung schrittflugs jedem von Jahr zu Jahr immer mehr zusammen, so daß auch von der finanziellen Seite her der Abbau einiger Schulen dringend geboten erscheint. Unerbittlich des Systems befehlen sich zwei verschiedene Richtungen. Die liberale Richtung, die aus Gründen des Haushalts den Abbau durchsetzen will, weil ihr gewisse

Schulen, die von den Kindern der sogenannten „höheren“ Stände bevorzugt werden, ein Vorn im Auge sind, die andere Richtung, die der huren Reaktion, die Eiern an der Pflege von Bildungsschmutz und Staudesünkel durch die Schule selbst. Wie stets in solchen Fällen, endet auch hier beide Sache mit einem mehr oder weniger laulen Kompromiß. Die Lösung dieser Frage kann uns daher inhaltlich nicht gleichgültig bleiben. Nicht ohne Interesse ist es aber, daß beide Schattierungen des Systems neuerdings ihre Stellungen mit Hilfe neuerer Argumente verteidigen, die aus dem Vordring der Erneuerungsbewegung herkommen und vom System zu einem Gebrauch zurechtgepflegt sind. Die eine Fraktion verlangt die Schließung der bezugslosen Verwaltungen unter Hinweis auf die Notwendigkeit, durch soziale Maßnahmen die künftige Volksgemeinschaft vorzubereiten, während die Reaktionäre daran erinnern, daß auch die neue Weltanschauung die Gleichheit aller Menschen ausdrücklich ablehnt. Derselbe Gedankenkreis in dieser Anwendung ist wohl einseitig in seinem grotesken Mißverstehen unüberboten fremder Anschauungen. Aus der heutigen unheilvollen Verkrüppelung wird die deutsche Volksguppe Erlösung wohl nur die Wiedervereinigung der zur Zeit ausgeschalteten Erneuerungsbewegung in die Volkstisamsarbeit lösen können. „No.“

## Der polnische Aufstand in Polen.

(35. Fortsetzung und Schluß.)

Von Hermann Pilchke.

### Polen im festen Besitz der Polen.

Die Abwehr der deutschen Truppen — von der Verteilung der Seltung kann man nicht reden — ist nicht ohne Erblichkeit. Im ganzen genommen ist die Aufgabe der Seltung für uns ein Jammerbild ohnegleichnis. Weder das Generalkommando, noch irgendeiner der militärischen oder amtlichen Führer bot den Mut gefunden, selbständig zu handeln und das Recht zu verzeihen, in das sie Revolution und Polen verflochten hatten. Klugheitslos Verlagen auf der ganzen Linie. Eine Leistung ist überhaupt nicht da. Man wird geleitet und läßt sich offenen Auges in den Abgrund führen.

Die Kunde von dem Fall Polens rüttelte das Deutsche Volk noch. In acht Tagen hatte es sich überall in den Randgebieten der Provinz notdürftig zusammengelassen und begann die Abwehr unter den schmierigsten Verhältnissen. Sie letzte dem Vordringen der Polen bald eine Grenze.

Am Sonntag, dem 5. Januar, war die Silvesterzeit und damit das letzte Aufgebot der Polenern Garnison gefallen. Sie unterlag erst nach verzweifelter Gegenwehr. Allen militärischen Erläuterungen Gerechtigkeit sie sich gegen eine unangenehm dreihäufige Übermacht geboten. Polen war von nun an ganz in den Händen der Polen. Nicht der letzte Versuch ist nun drauhen her gemacht worden, diese Schlüsselstellung im Osten durch Zulassung von Hilfstruppen zu halten. Was späterhin über die Zulassung von Truppenkommandos nach Polen in dem Augen des Aufstandes geflunkert worden ist, ist so dumme angelegt, daß es sich selber richtet: Eintausend Mann Grenzhülfe soll vertrauensvoll in den Bahnhof Polen bei Racht eingefahren sein, als längst bekannt war, was in Polen vor sich ging! Die Soldaten hätten auch ihre Gewehre höchst richtig abgegeben und wären von den Polen mobilverlegt bringesührt worden!

### Dobner Musicki wird Oberbefehlshaber der Polen.

Am 6. Januar begannen in der Stadt Polen die ersten dienstpflichtigen Ausdrücken wehrfähiger Polen. Sie hatten die Bezirkskommandos seit einer Woche in den Händen und besahen damit die Aushebungslisten. Wahrscheinlich haben in den Bezirksämtern bereits seit längerer Zeit ihre Vertrauensleute. Man hob über tausend Mann aus und reichte sie in die vorhandenen Truppenkörper ein. „Sitt alle Fälle.“

Am 6. Januar traf zum ersten Male der zukünftige Oberbefehlshaber der polnischen Wehrmacht in den neuabgetrennten Gebieten ein, der frühere russische General Dobner Musicki. Man hatte sich bittend an ihn gemeldet. Die bisherige Zeitung hatte völlig verlagert. Mit dem neuen Stadtkommandanten war man sehr unzufrieden. Das Meer von preußischen Vertrauensleute, die die Führerstellen bisher besetzten, ließ keinen Soldaten hohen Ranges erkennen. Sogar war auch eine Reihe höherer preußischer Offiziere zu den Polen übergetreten, z. B. der Führer des ersten Garabattalions Polen, Oberlieutenant Wrasch, ein Deutscher, der Kreisleiter von Polen-Volk, Oberleutnant von Oberst von der Infanterie-Regiments in Stettin, Oberst Stadzielski, aber der preußische Major Sackaj. All diese Herren schienen nicht das volle Vertrauen der Revolutionäre zu haben. Es entsprach ganz der Denkartung der führenden Rationaldemokraten, wenn sie auf einen Offizier der deutschen Schule für die Leitung verzichteten und einen Russen holten. Es gab da viel in Ordnung zu bringen. Die Unmöglichkeit unter den verschiedensten politischen Richtungen war Stabsgespräch. Die ganze Schwärme der Polen trat zusammen. Man hatte es verstanden, mit Hilfe der Diplomatie in dem unendlichen Wirrwarr der deutschen Revolution Polen an sich zu fassen, aber es zu halten, das wäre ohne die im geheimen wirkenden Berliner Stellen und die Hilfe der Dominikel nicht gelungen. Auch die Polen waren sich über diese Schwärme klar. Dafür sie paar Stücken.

### Schwärme der Polen.

In seinem Buche: „Die Kämpfe um die Riese“ (Polen 1935, S. 110, Wortlaut nach der Übersetzung in Ostlandschriften Nr. 6), schreibt der

polnische Hauptmann Jan Comański, ein früherer deutscher Marineoffizier, mit Bezug auf den 27. Dezember:

„Als ich in den Vajar kam, um Polen aufzulösen, traf ich dort eine Situation, die sich als die einer verlorenen zur Ruhe auf, die anderen riefen: „Gebt uns Waffen zu wie werden die Deutschen hinaus.“ Auf mich machte diese unangenehme Situation einen peinlichen Eindruck. Kein Lob, keine wirkliche Aktion — nur leeres Geschwätz. Ich sah Leute, die gestikulierten und den Deutschen drohten; in den „Boxen“ sahen die meisten Herren bei „einem guten Tropfen“ und schrien: „Es lebe Polen!“ Im weißen Saale sah ich einige Reihen von Männern, die längs des Saales marschierten, und irgendeinen Führer, der schrie: „Rechts — links!“ Mir allem Marinschwärmen schien dieser Anblick aus einer Perspektive zu kommen zu sein. Als ich erfuhr, daß es im Vajar fünf Kommandanten gab, und zwar Rechtsanwalt Maciejko, Sienicki, Sytko, Vazog und Chlopnicki, mußte ich herzlich lachen, und ich machte mich schleunigst aus diesem frühlichen Zentrum fort, brennartig darüber, was worden wird, wenn die Deutschen orientiert werden, welches Chaos in diesem Vajar herrscht, und den Vajar angreifen.“

Auch Rzepecki läßt uns manchen Einblick in die Zerfahrenheit der polnischen Leitung tun. Er schreibt über den Aufstand in Polen: „Fätten in der Vajar Racht das Kommissariat oder Maciejko die Vertreter der Volkswehr, der polnischen militärischen Organisation, der Sicherheitswehr und der Skouts zu einer Beratung zusammenrufen können oder zusammenzurufen verstanden, hätte man die Bestrebungen koordinieren, alle bisher auseinander abweichenden Richtungen in Einklang bringen und eine sachliche Diskussion herbeiführen, die Vazog und die Schwärme der Deutschen durch ein gleichmäßiges tatsächliches Kommando unterliegen können, dann hätte Polens binnen 24 Stunden frei sein können und man hätte einen Glauben an uns selbst und an den Befehl aus der Provinz hätte unsere Zeichen in kurzer Zeit bis an die Ostsee und an die blauen Hüten der Oder getragen. Leider gab es unter uns keinen Kollant, keinen Garnecki oder Kosciuszko, keinen Kapoleon — unser Kommissariat kannte die militärische Stärke der Deutschen nicht, und da kann man sich nicht darüber wundern, daß es die schreckliche Verantwortung nicht übernehmen wollte. Die Verantwortung der Kommandeure, Mißtrauen, Rebenverhätlichkeit, Mangel an Aufrichtigkeit, Ermattung waren die Ursache, daß niemand die Initiative ergreifen wollte, zu ordentlichen Arbeit, zum Auffassen eines Befehlshabers und eines Stabs. Und so kämpften wir mehrere neue Tage lang jeder auf eigene Faust zum Nachteil der ganzen Sache. Vorberband hatten mir gelang. Mit der stärksten nervösen Spannung blickte jeder von uns dem folgenden Morgen entgegen.“

Und weiter: „Hier kann ich die Unordnung nicht übergehen, die im Vajar herrschte, weshalb sich die Befehle und Befehlsbefehle kreuzten. Schon am 28. Dezember um 5 Uhr nachmittags hatte Kamerad Coscienick mit 30 Mann Jerscher Volkswehr die Wache in der Seherkalkerne besetzt, ein Wachpostenbesitzer und Gemeindegemotener. Da er aber keine Unterführung erhielt, mußte er sich zurückziehen. Am Sonntag, dem 29. Dezember, um 2 Uhr nachmittags besetzte der Kommandant der Jerscher Volkswehr, Casper, von neuem einen Teil der Seherkalkerne. Abends mußte er auf Befehl des Kommandanten Maciejko die eroberte Stellung wieder verlassen. Also: Order, Kontorder, Desorder!“

Bei aller Unzuverlässigkeit in den Einzelgängen bot Rzepecki hier die Schwärme der Sühnung doch richtig gekennzeichnend.

Ich bin nach diesen Tagen zur Vernehmung über einen Morfall und Diebstähle in das Polizeipräsidium, die Kommandantur und verschiedene Polizeiamter geladen und gebracht worden. Ich war erlaunt über das Maß des Durcheinanders ohne jede erkennbare Leitung. Ich könnte noch heute Beispiele geben. Im Rathaus sahen die erregten Herren überall auf dem Eschen, auch in dem Soldaten





Leitung tat, kam immer mit einem Spruch wieder: „Von Berlin keine Rettung!“ Nicht, weil man nicht konnte, nein, weil man nicht einmal wollte.

### Der Putsch geht auf die Provinz über.

Die Erhebung der Provinz Polen war durch die Kreisbürgerkomitees, spätere Kreisvolksräte vorbereitet. Das Exterieur der Abteilungen der Bürgerwehr war lange vor der Erhebung überall im Schwünge. Die polnischen Soldaten hatten sich, getreu der Aufforderung des Obersten Volksrates, in die Arbeiter- und Soldatenräte gedrängt und dort die Wehrkraft erhalten. Die Deutschen bielten sich immer mehr zurück, weil sie keine Auslösung zu erwarten hatten. Die 12. und 24. Regimenter hatten sich in ihren Bänden, Waffen zu sammeln und in Vorbereitung zu halten. Das geschah jedoch offen wie verheimlicht. Die polnischen Kreisvolksräte fanden unter Kreis-Kommandanten. Gewöhnlich waren das Gutsbesitzer aus der Umgebung mit militärischem Rang. Sie waren angehalten, selbständig zu handeln. So kam es, daß ein großer Teil des Regierungsbezirkes Polen schon am 28. Dezember, also am Tage nach dem Putsch, sich erhebt und die Macht in die Hand nahm. In einzelnen Stellen hatte man sogar vorgegriffen.

Dabei ist die Entwicklung des Aufstandes recht vielfach. Polen lag ziemlich in der Mitte der Provinz in glänzender Lage. Sechs Hauptbahnen und eine Anzahl von Nebenbahnen, die sich netzartig durchzogen, gestatteten ein Verfehren bis zur Grenze in ganz kurzer Zeit. In der Umgegend von Polen und in dem Dreieck Ostrowo—Polen—Gnesen—Vogesenregensitz ist überhaupt nicht gekämpft worden. In Ostrowo lag das deutsche Militär am 30. Dezember in aller Größe ab. Am 31. abzog wurde die Stadt von polnischen Abteilungen von Skalimierice besetzt. Am Jaroslawin erfolgte die Machtübernahme offiziell erst am 1. Januar nach Abzug der letzten 130 Mann deutsche Besatzung. Sie hatten sich dort unter Führung eines Soldweibes bei Nacht gehalten. Entschieden besaßen die Polen die Macht schon früher und hatten bereits die Arbeit beendet. In Warschau ging der Oberst des 46. Infanterie-Regiments, Grabowski, schon am 28. Dezember mit dem Rest der heimgekehrten Truppen zu den Polen über. Da war also gut vorgeberichtet. Der in der Nähe in kleinen Kommandos zerstreut lebende Grenzschutz wurde entworfen und gefangen genommen. Auch Gnesen fiel am Tage nach dem Putsch in polnische Hände. Dort lag das Infanterie-Regiment Nr. 49 und das 12. Dragoner-Regiment. Die Dragoner waren fast alle in Weiblichensdorf geschickt. Das Infanterie-Regiment aber wurde, ohne daß ein Grund dafür vorlag, schon am 27. Dezember nach Schneidemühl geschickt. Die Kasernen waren also leer. Die Pferde der Dragoner mußten sogar durch Zivilpersonen versehen werden, da die Soldaten dazu nicht ausreichten. Plötzlich erschienen mit Kraftwagen ein paar Herren aus Polen. In dem Augenblick hatte sich auch eine große Anzahl von Polen verarmt. Sie besetzten die Kasernen, legten die ganze Ausrüstung an sich und bewaffneten sich. Am nächsten Tage konnten sie schon ein Kommando der 54. aus Bromberg in Zehau abschieben. Allgemein schrieb man dem Subkometen den Verrat zu. Er hatte sich beläugelt. Am Neujahrstage wurde Mogilno von den Polen besetzt. Dann kam das Fortücken an der Strecke nach Hofenalsko zum Halt. Die deutsche Bevölkerung, verführt durch militärische Kommandos, leisteten hartnäckigen Widerstand. Bei Hofenalsko und Schubin entwickelten sich schwere Kämpfe. Rakel fiel übergehend in polnische Hände.

Am 4. Januar wurde noch einmal mit Korsantyn in Bromberg verhandelt. Die Wesperrung ging auf einen Vorschlag des Regierungspräsidenten v. Bülow in Bromberg zurück. Korsantyn war aber der Komm gewaltig geschnitten. Er stellte wie ein Sieger seine Bedingungen in 14 Forderungen. Einige davon mögen zur Charakteristik folgen: „Der Regierungspräsident in Bromberg ist ein Pole, ihm zur Seite steht ein Deutscher. Alle bekauflichen Beamten werden entlassen und polnische Beamte werden herangezogen. Rakel wird gegen den Hofenalsko übergeben. Hofenalsko werden 100000 Polen angesiedelt. Der Infanterie-Regiment Nr. 140 muß ohne Waffen aus Hofenalsko abziehen.“ Als diese Forderungen bekannt wurden, nahmen die Beamten der Eisenbahn eine so drohende Haltung ein, daß die Unterhandlungen abgebrochen wurden und Korsantyn schleunigt davonfuhr.

Am nächsten Tage beschloß die Reichsregierung in Berlin, aufgedrückt durch die Vermittlungsschreie der kämpfenden Bevölkerung, endlich, den Grenzschutz auszubauen. Aber das lag noch in weitem Felde. Mittlerweile waren sich die Polen ebenso auf Kamischin und Elissa. Auch hier haben wiederholt schwere Kämpfe stattgefunden. Die beiden Städte konnten nur mit Aufsitzen aller Kraft gehalten werden. Was die Polen an Truppen aufbringen konnten, das wurde an die Front Schubin—Hofenalsko in Warden und Kamischin—Elissa in Sibirien geschickt. Die Stanken der Stadt Polen freizubehalten. Am übrigen rückte der Aufstand vom Zentrum her in den Wehlnähen nach der Grenze zu vor. Auf der Strecke nach Schneidemühl fiel Wadzin am 5. Januar und Kolmar am 6. Januar in polnische Hände. Samter und Ronke, an der Strecke Posen—Kreuz waren schon am 28. und 29. Dezember vorangegangen. Großes Gewicht legten die Polen auch auf die Besetzung der Stadt Wenzlitz an der Strecke Posen—Berlin. Am 28. beherzteten sie Wenzlitz, am 3. Januar fiel Reutemühl durch Verrat in ihre Hände, und am 4. und 5. Januar wurde im Bentschen schwer gekämpft. Dort waren in aller

Eile die 8. und 12. Grenadiere aus Frankfurt a. d. O. herbeigerufen und notgedrungen die Polen ab. Im großen ganzen blieb die Kampfront so bei täglichen Schwärmereien bis zum Abbruch des Diktates zu Versailles bestehen.

Die traurige Geschichte, in denen die ortsansässige Bevölkerung meist nur in die Hände sprang, müßten hier übergehen werden. Die Berliner Regierung hand den Vorwürfen recht kühl gegenüber. Was geschah, kam von anderer Seite. Man kann nicht einmal sagen, daß das der Regierung lieb war.

Mit unerhörter Kraftanstrengung und Ausdauer hatten Offiziere und Unteroffiziere die Freiwilligen für den Grenzschutz trotz aller Widerwärtigkeiten zusammengeführt, gefehlt und in Zucht gebracht. Sie hatten sich die Ausrüstungsgüter durch Kommandos im Reiche zusammenstellen müßten, wo sie nutzlos lagen und verkommen. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Zeit rückte näher, da ein erfolgreicher Vorstoß von allen Seiten gemacht werden konnte. Offiziere und Mannschaften brannen darauf. Hingegen hatte sich bei den Polen die Lage verschlechtert. Der Mangel an Kriegsmaterial machte sich sehr fühlbar. Da ergriff der Erbprinz Waldorff in höchster Zeit ein. Er richtete an den Marschall Joch, den Höchstkommandierenden der Seindbände, neben der Bitte um ein Verbot der deutschen Angriffe folgenden Hilferuf:

Herrn Marschall Joch Paris.

Der deutsche Grenzschutz, von den deutschen Machthabern in unsere Provinz geschickt, um die polnischen Vorkämpfer zu unterdrücken, provoziert die Andersgeimten, bedroht die Bevölkerung, bringt in die Kirchen, um nach Waffen zu suchen, und verstoht nicht einmal die Schatzkammer.

Er nimmt die katholischen Priester fest, sogar während ihrer Amtshandlungen und bestiehlt sie in das Innere Deutschlands. Herz und gut, er läßt denselben Terror aus, unter welchem Frankreich und Belgien während des deutschen Einfalls gelitten haben. Unsere einzige Hoffnung liegt die Hilfsbereitschaft der Entente, die immer das Symbol des Rechts und der Gerechtigkeit gewesen ist und die unaufrichtig für die höchsten Menschrechte gekämpft hat. Als Bischof der Diözese, die ich in der höchsten Gefahr befindet, nehme ich Lust zu Ihnen, Herr Marschall, und wende mich an Sie als einen gläubenden Katholiken, indem ich Sie bitte, daß Sie, der oberste Vorgesetzte der streitenden Truppen, ein einziges Wort zu unseren Gnanen aussprechen mögen, daß allen Schrecken, unter denen unsere Provinz leidet und leidet, ein Ende bereiten wird.

Nehmen Sie die Zustimmung meiner tiefsten Verehrung entgegen. Polen, den 15. Januar 1919.“

Der Marschall Joch erwiderte die große Gefahrt und nötigte Erberger, den Vertrag von Trier vom 16. Februar 1919 zu unterschreiben. Er verbot den Deutschen die weiteren Kampfhandlungen. Die Kanonen mußten aus der Front gezogen werden. Die Demarkationslinie wurde festgelegt. Sie sprach den Polen mehr Land zu, als sie in der Gewalt hatten. Soralas unterschrieb Erberger. Die Antreibung um der Kampfront vor ungebauer. Der Erbprinz dankte mit folgender Drabingung:

„Herr Marschall!

Als die deutschen Truppen, nachdem sie gefangen waren, uns wie ich hoffe, zum letzten Male ihre brutale und blutige Faust haben fühlen lassen, habe ich Ihre Großmut angerufen, Herr Marschall, und Sie gebeten, ein einziges Wort auszusprechen. Sie haben dieses Wort ausgesprochen. Hoffentlich Dankbarkeit dankte ich Ihnen im Rahmen aller in Polen wohnenden Polen und in meinem eigenen Namen. Ich bin in den Swigen ansehe. Sie zu segnen, Herr Marschall, und die edlen Nationen, die Sie zum Siege geführt haben, bitte ich Sie, die Verstärkung meiner aufrichtigen Verehrung annehmen zu wollen.

Edmund, Erbprinz von Gnesen und Polen.

Polen, den 18. Februar 1919.“

Der Deutsche Volksrat Eirschitzel wandte sich in seiner Empörung und Sorge mit einer Drabingung an Erberger und verlangte die damalige Stellung als Demarkationslinie. Darauf lief folgende Surechtstellung ein:

„Weimar, Schloß. Demselben erhalten. Dieses Gebiete werden Polen nicht abgeben. Langand übergeben. Alliierte haben nicht mehr Schutz der Deutschen in den geräumten Gebieten übernehmen. Demarkationslinie greift endgültigen Friedensverhandlungen nicht vor. Gütte die Otmak meinen seit Monaten geäußerten dringenden Wünschen auf eigene Organisation militärischer Verteidigung entsprechen, würde anderes Resultat erreicht worden sein.

Reichsminister Erberger, 20. Februar 1919.“

Empört schickte ihm der Volksrat Eirschitzel folgende Surechtstellung:

„Reichsminister Erberger, Weimar, Schlußpunkt Amort W. 362 vom 20. Februar 1919 hier befremdet. Beweist völlige Unkenntnis heutiger Lage. Haben uns von Anfang an gegen Polen organisiert und sie bisher von unserem Gebiet ferngehalten. Wenn Regierung mehr Interesse für uns, wäre Resultat ein anderes. Schuld auf uns abwälzen, bequemen. Fühlen uns durch Vorwurf nicht getroffen. Trotz Waffenstillstand greifen Polen weiter an, rauben und plündern weiter. Protokoll folgt. Deutscher Volksrat, 23. Februar 1919.“



